



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl, Rosi Steinberger, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Bedrohung durch Hitze endlich ernst nehmen – Kommunen unterstützen – Katastrophenschutz verbessern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen bestehender Haushaltsmittel,

- ein Sonderförderprogramm „Hitzeaktionsplanung“ auf den Weg zu bringen, das allen bayerischen Kommunen ermöglicht, bis Ende 2025 einen Hitzeaktionsplan zu erstellen (entsprechend dem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 1. Oktober 2020),
- eine Taskforce Extrem-Hitze-Ereignisse einzurichten, insbesondere zur Erarbeitung von Evakuierungs- und Katastrophenschutzplänen, unter anderem hinsichtlich Waldbrandgefahren,
- Einrichtungen mit oder für vulnerablen Personen wie Gesundheits- und Pflegedienste, Pflegeheime, Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen etc. während Hitzewellen aktiv zu unterstützen,
- die bayerischen Feuerwehren bei der Ausstattung mit Spezialausrüstung für die Waldbrandbekämpfung (insbesondere für gezielte Kühlung der Einsatzkräfte im Einsatz zur Überhitzungsprävention) zu fördern,
- den Arbeitsschutz bei Hitzewellen sowohl bei den eigenen Beschäftigten als auch bei staatlichen Aufträgen vorbildlich zu gewährleisten,
- bayernweit die stark von Hitze betroffenen bayerischen Kommunen auf besondere örtliche Gefahrenbereiche hin umfassend untersuchen zu lassen und die Ergebnisse öffentlich mittels geeigneten digitalen Kartenmaterials zur Verfügung zu stellen,
- ein Förderprogramm „Kommunen begrünen – Hitze abmildern“ aufzulegen, das Klimafunktionskartierung, Begrünung (Fassaden- und Dachbegrünung), Wasserrückhalt (Schwammstadt-Prinzip), Abkühlung (Wasserflächen und Öffnung verrohrter Bäche), öffentliche Trinkwasserstellen, Verschattung, Durchlüftung und den Gesundheitsschutz während Hitzeperioden fördert,
- beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit eine Koordinationsstelle Hitzevorsorge einzurichten, die insbesondere den bayerischen Kommunen mit konkreten Ansprechpersonen zur Unterstützung dient.

Begründung:

Die zunehmende Hitze ist die am deutlichsten spürbare Folge der Klimaüberhitzung in den bayerischen Kommunen. Besonders belastend sind immer häufiger auftretende Hitzewellen, bei denen es auch in der Nacht nicht richtig abkühlt. Dies führt zu schwerwiegenden gesundheitlichen Belastungen, die bis zum Tod führen können. Im Jahr 2018, dem zweitwärmsten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, gab es in Deutschland gemäß einer Auswertung des Robert Koch-Instituts etwa 8 700 hitzebedingte Sterbefälle in Deutschland.

Durch Hitzeaktionspläne sollen vorausschauend Maßnahmen festgelegt werden, die sowohl zur Vorbeugung gegen die Überhitzung in den Kommunen als auch zur Bewältigung der Hitze im Akutfall erforderlich sind. Auf diese Weise sollen vor allem die Gesundheits-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen vorbereitet werden.

Bei zu befürchtenden extremen Hitzeereignissen ist der Freistaat auch bei der Koordination des Katastrophenschutzes und bei Evakuierungen gefordert.

Diese Maßnahmen können nicht allein von den Kommunen gestemmt werden. Deshalb sind sowohl für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen, als auch für die Umsetzung der Maßnahmen staatliche Förderungen zur Klimaanpassung unverzichtbar.